

GLOBALE UND REGIONALE ORDNUNG

ROHSTOFF- PARTNERSCHAFTEN:

Spannungsfeld zwischen Menschenrechten,
Transformation und wirtschaftlicher Souveränität

Franziska Korn, Vera Gohla, Dr. Petra Dünhaupt
Mai 2024



Rohstoffpartnerschaften spielen in der deutschen und europäischen Rohstoffpolitik eine wichtige Rolle. Sie sollen zur Versorgungssicherheit beitragen, Lieferketten diversifizieren und damit Abhängigkeiten reduzieren.



Partnerschaften sollen auch zur wirtschaftlichen, sozialen und umweltrechtlichen Entwicklung in rohstoffreichen Drittstaaten beitragen. Dazu müssen etwa die Unterstützung beim Industriebau, die Verlagerung von Wertschöpfung und die Diversifizierung des Arbeitsmarktes genauso berücksichtigt werden wie die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz.



Es bedarf einer kohärenten Gesamtstrategie sowie damit verbunden einer effizienten und verlässlichen Finanzierung. Dafür müssen internationale Entwicklungs- und Industriepolitik eng verknüpft sein.

ROHSTOFFPARTNERSCHAFTEN:

Spannungsfeld zwischen Menschenrechten, Transformation und wirtschaftlicher Souveränität



Weltweit nimmt der Bedarf an Rohstoffen zu. Die Gründe sind vielfältig. Fest steht, die notwendige sozial-ökologische Transformation und die voranschreitende Digitalisierung sind ohne verlässliche Rohstoffimporte nicht umsetzbar. Um den Bedarf an Rohstoffen zu decken, spielen Rohstoffpartnerschaften in der deutschen und europäischen Politik eine wichtige Rolle. Aktuell bezieht Deutschland über 90 % der raffinierten kritischen Rohstoffe aus China. In der aktuellen geopolitischen Lage gilt es, neue, verlässliche rohstoffreiche Drittstaaten als Partner zu gewinnen, um die Lieferketten zu diversifizieren, Abhängigkeiten zu reduzieren und somit Versorgungssicherheit für die Industrie in Europa zu schaffen.



Um effektive Partnerschaften zu schließen, müssen Deutschland und Europa als attraktive und verlässliche Partner wahrgenommen werden. Entsprechend sollen sie in rohstoffreichen Drittstaaten auch zur wirtschaftlichen, sozialen und umweltrechtlichen Entwicklung beitragen. Dazu zählt etwa die Unterstützung beim Industriebau, die Verlagerung von Wertschöpfung, die Diversifizierung des Arbeitsmarktes sowie die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz.



Um attraktive Angebote für Drittstaaten zu schaffen, bedarf es einer kohärenten deutschen und europäischen Gesamtstrategie. Während die Nationale Sicherheitsstrategie und die China-Strategie bereits auf die problematische Abhängigkeit im Rohstoffbereich eingehen, gilt es deshalb nun, die Rohstoffstrategie der deutschen Bundesregierung ressortabgestimmt zu novellieren. Das Potenzial von Rohstoffpartnerschaften liegt in der klugen Verknüpfung von Industriepolitik und internationaler Zusammenarbeit unter Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

<https://www.fes.de/themenportal-die-welt-gerecht-gestalten/weltwirtschaft-und-unternehmensverantwortung/>

Inhalt

	Abkürzungsverzeichnis	2
	Vorwort	3
1	EINLEITUNG	4
2	ROHSTOFFPOLITIK: NEUER KERN DER GEOPOLITIK	5
2.1	Deutsche Geopolitik der Rohstoffe: Abhängigkeiten von China reduzieren ..	5
2.2	EU-Rohstoffpolitik: Von Global Gateway bis zum <i>Critical Raw Materials Act</i> .	6
3	DEUTSCHE UND EUROPÄISCHE ROHSTOFFSTRATEGIEN	7
3.1	Unternehmen in der Pflicht: Deutschlands Rohstoffstrategie 2010–2020	7
3.2	Neustart der deutschen Rohstoffpolitik: Das neue BMWK-Eckpunktepapier .	7
3.3	Das Comeback der deutschen Rohstoffpartnerschaften	8
3.4	Der <i>Critical Raw Materials Act</i> : Europas Lösung?	9
4	ZEHN EMPFEHLUNGEN ZUR AUSGESTALTUNG VON ROHSTOFFPARTNERSCHAFTEN	12
4.1	Kontextanalyse und gemeinsames Aushandeln (Multi-Stakeholder-Ansatz) ..	12
4.2	Technologie- und Wissenstransfer	12
4.3	Den Arbeitsmarkt zukunftsfähig gestalten	13
4.4	Rechte der informell arbeitenden Bevölkerung stärken.....	13
4.5	Unterstützung beim Industriebau und lokale Wertschöpfung	13
4.6	Gesicherte Finanzierung von Rohstoffpartnerschaften und -projekten	14
4.7	Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft	15
4.8	Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz	15
4.9	Rechte indigener Menschen schützen	16
4.10	Politische Gesamtstrategie und Kohärenz	16
	Literaturverzeichnis	17

Abkürzungsverzeichnis

ASM	Artisanal and small-scale mining; artisanaler Kleinbergbau
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (bis 2021)
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (seit 2021)
BMWT	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (bis 2013)
CRMA	Critical Raw Materials Act; Verordnung über kritische Rohstoffe
EEAS	European Union External Action Service; Europäischer Auswärtiger Dienst
ESG	Environmental, Social and (Corporate) Governance; Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards
FPIC	Free, Prior and Informed Consent; Prinzip der freien, vorherigen und informierten Zustimmung
ILO	International Labour Organization; Internationale Arbeitsorganisation
IRENA	International Renewable Energy Agency; Internationale Organisation für erneuerbare Energien
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KoaV	Koalitionsvertrag
LkSG	Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development; Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
UNDRIP	United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples; Deklaration der Rechte indigener Völker
WTO	World Trade Organization; Welthandelsorganisation

Vorwort

Weltweit nimmt der Bedarf an Rohstoffen zu. Auch in Deutschland und in der EU ist die Nachfrage drastisch gestiegen. Die Gründe sind vielfältig. Fest steht, die notwendige sozial-ökologische Transformation und die voranschreitende Digitalisierung in der EU und weltweit sind ohne verlässliche Rohstoffimporte nicht umsetzbar. Allerdings haben sich im vergangenen Jahrzehnt enorme Abhängigkeiten von einzelnen Ländern, insbesondere von China, entwickelt. Wie problematisch diese Abhängigkeiten sind, zeigte sich besonders deutlich während der Finanzkrise 2008, der Coronakrise und der anhaltenden Energiekrise, ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.

Nicht zuletzt aufgrund dieser zahlreichen Krisen und geopolitischen Verschiebungen haben sich Deutschland und die EU auf die Suche nach neuen Partnern gemacht. Mit Angeboten, die die lokale wirtschaftliche Entwicklung stärken – gepaart mit der Einhaltung von Menschen- und Umweltrechten –, versucht die EU, attraktiv für rohstoffreiche Länder zu sein und sich gleichzeitig von Ländern wie China abzugrenzen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat 2023 eine Fachgesprächsreihe zum Thema »Rohstoff-Wertepartnerschaften: Chancen für Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit« durchgeführt. Im Fokus der Diskussionen stand die Frage, wie bi- und multilaterale Partnerschaften gestaltet werden müssen, um sowohl eine Diversifizierungsstrategie Deutschlands und der EU als auch Wertepartnerschaften im Sinne von Menschenrechten und Umweltschutz vorantreiben zu können.

Die Reihe wurde begleitet von den Bundestagsabgeordneten Sebastian Roloff, Mitglied des Wirtschaftsausschusses und Berichterstatter für Rohstoffpolitik, sowie Manuel Gava, Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wie auch Berichterstatter für das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und Rohstoffe. Die Gesprächsreihe brachte ausgewählte Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft zusammen.

Dieses Papier baut auf den Diskussionen der Fachgesprächsreihe auf. Wir zeichnen nach, wie sich Deutschland und die EU im Zuge der geopolitischen Veränderungen aufstellen, um Rohstoffpartnerschaften zu schließen. Wir beleuchten die deutschen Ansätze mit dem Rohstoff-Eckpunktepapier ebenso wie das kürzlich verabschiedete Europäische Gesetz zu kritischen Rohstoffen. Dabei zeigen wir Inkonsistenzen auf. Abschließend formulieren wir zehn Empfehlungen, wie Rohstoffpartnerschaften ausgestaltet sein müssen, um sowohl dem Ziel der Versorgungssicherheit als auch der Nachhaltigkeit im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation zu dienen. Dabei wird deutlich, wie kohärent internationale Zusammenarbeit mit Industrie- und Wirtschaftspolitik verknüpft sein muss und wie dringend wir für echte strategische, gleichberechtigte Partnerschaften sozialdemokratische Ideen und Antworten brauchen.

Wir danken allen, die an der Gesprächsreihe teilgenommen haben, und wünschen eine gute Lektüre.

Franziska Korn,
Referentin für Wirtschaft und Menschenrechte,
Globale und Europäische Politik, FES

Vera Gohla,
Referentin für Wirtschafts- und Strukturpolitik,
Analyse, Planung, Beratung, FES

1

EINLEITUNG

Rohstoffe stehen am Anfang jeder Wertschöpfungskette. Deutschland zählt mit seinem bedeutenden Industriesektor zu den größten Konsumenten von Primärrohstoffen weltweit. Das deutsche Wirtschaftsmodell basiert seit jeher auf einem starken Exportsektor. Fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab (Destatis 2023). Der Erfolg des deutschen Wirtschaftsmodells und damit auch der europäischen Volkswirtschaft ist jedoch hochgradig abhängig von der Verfügbarkeit von importierten Vorleistungsgütern und Rohstoffen (Felbermayr 2021). Deutschland und die EU sind seit jeher abhängig von einzelnen Ländern wie China, um ihre Rohstoffbedarfe zu decken. Diese Abhängigkeiten haben sich im vergangenen Jahrzehnt gravierend verstärkt. Besonders deutlich wurde die Problematik im Zuge von Produktionsausfällen aufgrund von Lieferengpässen während der Finanzkrise 2008 und drastisch dann während der Coronakrise und der Energiekrise, ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.

Gleichzeitig stiegen sowohl die Nachfrage nach als auch die Anforderungen an veredelte Industrieprodukte stark und damit auch die Nachfrage nach Vorleistungsgütern. Es hängt also maßgeblich an diesen – meist metallischen – Rohstoffen, ob Europa seinen Weg der digitalen und grünen Transformation der Industrie gehen kann. Gesicherte Rohstoffimporte sind für die deutsche und europäische Volkswirtschaft folglich kein reiner wirtschaftlicher Selbstzweck, sondern der Schlüssel für eine klimaneutrale Zukunft mit einer geglückten Mobilitäts- und Energiewende.

Das erkennt auch der Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung von 2021 an: Demnach soll die nachhaltige Rohstoffversorgung unterstützt sowie der heimische Rohstoffabbau erleichtert und ökologisch ausgerichtet werden. Das ökonomische und ökologische Potenzial soll genutzt und der Ressourcenverbrauch in Summe gesenkt werden. Darüber hinaus bekennt sich der Koalitionsvertrag auch zu einem wirksamen EU-Lieferkettengesetz, basierend auf den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, und unterstreicht nochmals die Bedeutung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (KoaV, S. 27 f.). Gleichzeitig setzt die Koalition weitere ambitionierte Ziele im Bereich E-Mobilität und Strom aus erneuerbaren Energien, was die Nachfrage nach metallischen Rohstoffen weiter steigen lässt (KoaV, S. 38 f.). Die Energiekostenkrise infolge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine verstärkte den Anreiz zum Ausbau erneuerbarer Energien zusätzlich. Nach Berechnungen der Stiftung Klimaneutralität wird der Bedarf

an sogenannten kritischen Rohstoffen¹ für den Energiewendebereich in Deutschland, wie etwa Nickel, Kobalt, Grafit und Seltene Erden, bis zum Achtfachen ansteigen (Prognos, Öko-Institut, Wuppertal Institut 2023). Bemerkenswert ist bei dieser Berechnung, dass die Autoren einen Peak der Nachfrage in den Jahren 2030–2035 prognostizieren. Somit ist die Versorgungssicherheit von Rohstoffen in der aktuellen Dekade besonders entscheidend.

Neben dem ultimativen Ziel einer effizienten Kreislaufstrategie im Rohstoffbereich und der Förderung von heimischem Rohstoffabbau gilt es also, kurzfristig sichere Rohstofflieferketten mit Drittländern zu etablieren. Deshalb hat in den vergangenen Jahren im deutschen, europäischen und OECD-Kontext die Suche nach verlässlichen Zulieferern begonnen. Dabei ist das Konzept der Rohstoffpartnerschaften (wieder) aufgebracht worden. Die Idee dahinter ist so einfach wie komplex: die Interessen der rohstoffreichen Drittländer, wie lokale Wertschöpfung oder Schutz von Umwelt- und Menschenrechten, zu adressieren, während Versorgungssicherheit mit kritischen Rohstoffen für die heimische Industrie garantiert wird.

Obgleich bereits in der Vergangenheit Partnerschaften existierten und Deutschland und die EU derzeit mit diesem Instrument arbeiten, bleibt in der Praxis bisher unklar, wie, von und mit wem Partnerschaften tatsächlich ausgestaltet werden. Das Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) von 2023 und das Europäische Gesetz zu kritischen Rohstoffen 2024 (*Critical Raw Materials Act*) geben erste Ideen, wie Partnerschaften in der Theorie vollzogen werden sollen. Der Blick in die Praxis offenbart aber ungeklärte Fragen und Zielkonflikte zwischen europäischen Interessen und denjenigen der rohstoffreichen Drittstaaten. So besteht etwa die Gefahr, dass wirtschaftliche Ziele der EU vor umwelt- und menschenrechtlichen Zielen in rohstoffreichen Ländern priorisiert werden. Oder etwa, dass die Verlagerung von Wertschöpfungsschritten weiterhin ausbleibt, da Investitionen von multinationalen Unternehmen fehlen.

Fest steht, Rohstoffpartnerschaften müssen in eine kohärente und ressortabgestimmte Gesamtstrategie eingebettet sein. Industrie- und Klimapolitik, internationale Zusammenarbeit und Sicherheitspolitik müssen eng abgestimmt sein, um attraktive Angebote für Drittstaaten zu schaffen.

¹ Definition nach der Liste der »Critical Raw Materials« der Europäischen Kommission

2

ROHSTOFFPOLITIK: NEUER KERN DER GEOPOLITIK

Die starke Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft macht die Verfügbarkeit von Rohstoffen zum geoökonomischen bzw. geopolitischen Thema. Nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wurde die Frage der Versorgungssicherheit Europas schnell zum Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte. Gas wird inzwischen nur noch in sehr geringen Mengen aus Russland importiert, andere Rohstoffe hingegen weiterhin. Gerade die dominante Rolle Chinas in der Weiterverarbeitung von Rohstoffen sollte angesichts der geopolitischen Spannungen wachsam machen: Bei Raffinadeprodukten mit hohem Beschaffungsrisiko hatte China im Jahr 2021 mit 93 % den weltweit größten Anteil (Carry et al. 2023, S. 7). Mit der *Belt and Road Initiative* fördert China schon seit 2013 den Ausbau von Häfen und Transportinfrastruktur, um Rohstoffe aus dem Globalen Süden zur Weiterverarbeitung nach China zu schaffen. Hingegen wurde bislang nur eine geringe Zahl an globalen Wertschöpfungsprozessen zurück nach Deutschland oder Europa verlagert, insbesondere nicht im Rohstoffbereich. Zu groß sind die Kostenvorteile des Imports, vor allem aus China, und zu groß sind die Abhängigkeiten von Produkten und Rohstoffen. Entsprechend haben Deutschland und die EU verschiedene Strategien aufgesetzt, die ihnen Zugänge zu Produkten und Dienstleistungen in anderen Drittländern sichern sollen.

2.1 DEUTSCHE GEOPOLITIK DER ROHSTOFFE: ABHÄNGIGKEITEN VON CHINA REDUZIEREN

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht vor, dass die nachhaltige Rohstoffversorgung unterstützt sowie der heimische Rohstoffabbau erleichtert und ökologisch ausgerichtet wird (KoalV, S. 33). Um den Zugang und die nachhaltige Sicherung von Rohstoffen geht es in vielen verschiedenen Strategien und Instrumenten, die die Bundesregierung auf den Weg bringt. So wird die wirtschaftliche Verwundbarkeit Deutschlands – oder positiv ausgedrückt: die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit – prominent in der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung diskutiert, die im Juni 2023 veröffentlicht wurde. Im Mittelpunkt steht dabei die Vermeidung von einseitigen Abhängigkeiten und die grundsätzliche Diversifizierung insbesondere von Rohstofflieferketten, der Ausbau des heimischen, also europäischen, Rohstoffabbaus und die Förderung der Kreislaufwirtschaft. Rohstoffversorgung wird in der Nationalen Sicherheitsstrategie entsprechend mit den Schwerpunkten Versorgungs-

sicherheit, Diversifikation, Nachhaltigkeit und Innovation adressiert.

Die Nationale Sicherheitsstrategie verfolgt das Ziel, die Abhängigkeiten von China im Bereich der mineralischen Rohstoffe abzubauen, auch wenn dies in der Ausführung unklar und nicht explizit benannt ist. China ist der mit Abstand größte Konsument und Produzent wichtiger Industrierohstoffe und hält bei vielen Rohstoffen und vor allem Raffinadeprodukten inzwischen eine Monopolstellung (BGR 2022). Diese Macht Chinas äußert sich vielfältig, und es häufen sich Vorfälle, die nahelegen, dass China Rohstoffexporte strategisch als Handelswaffe nutzt (Nayar 2021). Seit August 2023 reguliert Peking etwa die Ausfuhr der Industriemetalle Gallium und Germanium. Beide Rohstoffe werden für die Halbleiter-, Telekommunikations- und Elektrofahrzeugindustrie benötigt.

Auch die im Juli 2023 veröffentlichte China-Strategie der deutschen Bundesregierung geht folgerichtig auf die starke deutsche Abhängigkeit von China im Bereich der Rohstoffe ein. Dessen Strategien wie »Made in China 2025« würden darauf abzielen, wirtschaftliche und technologische Abhängigkeiten zu etablieren. Als Antwort hierauf setzt die Bundesregierung auf *De-Risking*, die Verringerung von Abhängigkeiten in kritischen Bereichen, während man weiterhin auf »die Offenheit des [deutschen] politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems« setzt (China-Strategie der Bundesregierung 2023, S. 34). Besonders kritisch wird in der Strategie die Abhängigkeit Deutschlands von China im Bereich von industriellen Vorprodukten bewertet. In diesem Zusammenhang werden eine Reihe von Maßnahmen zum *De-Risking* der Rohstofflieferketten genannt: Unterstützung der deutschen Wirtschaft bei der Erschließung neuer und nachhaltiger Bezugsquellen; Nutzung der Außenwirtschaftsförderung und der Entwicklungszusammenarbeit; strategische Lagerhaltung; Forschung und Entwicklung für verbesserte Kreislaufwirtschaft im Rohstoffsektor. Ausführlich werden außerdem Rohstoffpartnerschaften zur Diversifizierung von Lieferketten aufgegriffen. Partnerschaften mit anderen Ländern sollen dazu beitragen, dass Deutschland weniger abhängig von China ist:

Die Bundesregierung wird Rohstoffpartnerschaften zum Nutzen aller beteiligten Länder ausgestalten. Ziel ist es, unsere Partner dabei zu unterstützen, mehr Wertschöpfung im eigenen Land zu behalten. Damit fördern wir nicht nur den Wohlstand in den Herkunftsländern, sondern auch die langfristige Wettbewerbs-

fähigkeit der dortigen Unternehmen durch die Erlangung von Know-how und Innovationen, losgelöst von der reinen Rohstoffgewinnung. Im Ergebnis tragen unsere Rohstoffpartnerschaften somit zu einer Diversifizierung unserer Lieferketten, einem partnerschaftlichen Umgang mit Drittstaaten sowie der Stärkung der Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards bei (China-Strategie der Bundesregierung, S. 35 ff.).

2.2 EU-ROHSTOFFPOLITIK: VON GLOBAL GATEWAY BIS ZUM CRITICAL RAW MATERIALS ACT

Die deutschen geopolitischen Strategien fügen sich in die europäischen Initiativen der vergangenen Jahre ein. Die Europäische Union hat eine Reihe von Programmen auf den Weg gebracht, die den Abbau und den Zugang zu Rohstoffen mittelbar (Global Gateway, EU Chips Act) und unmittelbar (European Green Deal, European Industrial Plan) beeinflussen. Infolge der Covid-19-Pandemie setzte die Europäische Union das Infrastruktur-Investitionsprogramm Global Gateway mit über 300 Mrd. € zwischen 2021 und 2027 auf. Mit diesem soll in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas Infrastruktur in den Bereichen Digitales, Energie und Verkehr, Gesundheit, Bildung und Forschung gefördert werden. Das Angebot ist wertebasiert. Es sollen sechs Grundprinzipien gelten: demokratische Werte und hohe Standards, Verantwortung und Transparenz, Partnerschaften auf Augenhöhe, Umweltfreundlichkeit und Sauberkeit, Auslegung auf Sicherheit und Investitionen des Privatsektors. Global Gateway versucht, damit eine überzeugendere Konkurrenz der chinesischen *Belt and Road Initiative* darzustellen. Mit Global Gateway wird aber auch deutlich gemacht, dass die Infrastrukturinvestitionen zum sogenannten *De-Risking* der EU-Wirtschaft beitragen sollen und insbesondere auch der Zugang zu Ressourcen und Rohstoffen verbessert werden soll (EEAS 2023).

2020 veröffentlichte die EU ihre Klimastrategie, den European Green Deal, und nannte darin bereits prominent, dass eine europäische Rohstoffpolitik unabdingbar sei, um die strategische Autonomie der EU zu sichern. Zeitgleich veröffentlichte sie auch einen Aktionsplan (Europäische Kommission COM/2020/474), der zehn Maßnahmen benennt, um die Resilienz von Rohstofflieferketten zu fördern. Dies bildete die Grundlage für den 2022 veröffentlichten European Green Industrial Plan und als Teil dessen den 2023 veröffentlichten *Critical Raw Materials Act*. Ebenfalls in 2020 veröffentlichte die Kommission den EU Chips Act, der 43 Mrd. € öffentliche und private Gelder für den Ausbau der europäischen Halbleiterproduktion und -forschung mobilisieren möchte und dafür sorgen soll, entsprechende Lieferketten zu überwachen. Mit dem *Critical Raw Materials Act* wurde von der Kommission auch ein Rohstoff-Club der EU initiiert. Im Rohstoff-Club sollen sich sowohl rohstoffreiche Länder als auch Abnehmerländer zusammenschließen, um Rohstofflieferketten durch neue internationale, sich gegenseitig unterstützende Partnerschaften stärker zu diversifizieren. Außerdem steht der Rohstoff-Club im Kontext der Global-Gateway-Strategie und soll entsprechende Infrastrukturprojekte zum Nutzen sicherer Rohstofflieferketten fördern (Europäische Kommission: 16.3.2023; 13.9.2023). Weitere Details zum Rohstoff-Club

blieben bis dato noch offen. Der Erfolg des Rohstoff-Clubs wird stark davon abhängen, ob damit eine entsprechend hohe öffentliche Finanzierung verbunden ist, um private Investitionen anzuschieben. Darüber hinaus sollte sichergestellt werden, dass rohstoffreiche Länder und die beteiligten EU-Staaten das sogenannte *Collective Action Problem* vermeiden beziehungsweise bewusst angehen: Ein Rohstoff-Club mit fairem Set-up würde den EU-Staaten zu Rohstoffen verhelfen, während er die rohstoffreichen Länder beim Aufbau einer *downstream*-Industrie (weiterverarbeitende Industrie) unterstützt. Damit sollen vorrangig entscheidende Schritte der Raffinerie von Rohstoffen aus Ländern wie China herausgeholt werden. Gleichzeitig sind auch weiterführende Wertschöpfungsschritte in Drittländern denkbar, wie beispielsweise die Herstellung von Batterien. Damit könnte allerdings einhergehen, dass die EU Wertschöpfung aufbaut, die unmittelbar in Konkurrenz zu ihrer eigenen Industrie steht (Findeisen 2023). Aufgrund der starken Exportorientierung hat die EU jedoch grundsätzlich Interesse, starke Handelspartner aufzubauen. Allerdings gilt es, diese Prozesse frühzeitig zu monitorieren und industriepolitisch zu flankieren, gerade weil tarifgebundene Arbeitsplätze in der EU zur Disposition stehen könnten.

Es ist naheliegend, dass die Kommission mit dem EU-Rohstoff-Club die von den USA gegründete *Minerals Security Partnership* (MSP) ergänzen möchte (Findeisen 2023). Diese wurde von den USA bereits im Juni 2022 als internationale Kooperation von Rohstoff-Abnehmerländern initiiert. Als Gründungsmitglieder schlossen sich Kanada, Deutschland, Finnland, Frankreich, Japan, Südkorea, Schweden, das Vereinigte Königreich und die Europäische Kommission an. Erklärtes Ziel ist die Diversifizierung und Stabilisierung der globalen Lieferketten mit entsprechenden Investitionen, Förderung hoher Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards im Bergbau-, Verarbeitungs- und Recyclingsektor sowie die Stärkung des Recyclings von kritischen Mineralien (US Department of State 2023). Erzielt werden sollen sowohl Investitionen in die Wertschöpfungskette in rohstoffreichen Ländern als auch eine Bündelung der Nachfrage.

Auch weitere europäische Länder ergriffen auf nationaler Ebene die Initiative, um sich den Zugang zu Rohstoffen zu sichern. So hat beispielsweise Frankreich einen Rohstofffonds von 2 Mrd. € und Italien von 1 Mrd. € angekündigt (Handelsblatt 2024). Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Initiative dreier europäischer Länder: Frankreich, Italien und Deutschland haben im Juni 2023 eine trilaterale Arbeitsgruppe zu kritischen Rohstoffen eingerichtet. Im Hinblick auf eine »sichere und nachhaltige Rohstoffversorgung [als] die Grundlage für die Wirtschaft und Industrien der drei Länder, insbesondere auch für die Technologien, die für den ökologischen und digitalen Wandel benötigt werden«, wollen sich die Länder zu möglichen strategischen Projekten in der Rohstoffgewinnung, Weiterverarbeitung und der Kreislaufwirtschaft eng abstimmen (BMWK 2023).

3

DEUTSCHE UND EUROPÄISCHE ROHSTOFFSTRATEGIEN

Neben der Erarbeitung von zahlreichen Strategien, der Gründung von Clubs und Initiativen sowie der Verabschiedung von europäischen Richtlinien und Verordnungen setzen Deutschland und die Europäische Union auf die Etablierung von Rohstoffpartnerschaften. Durch verschiedene Anreize versuchen sie, rohstoffreiche Länder stärker als bisher anzusprechen, für sich zu gewinnen und sich von China abzugrenzen. Gleichzeitig legen sie einen stärkeren Fokus auf die Unterstützung sowie die Pflichten für deutsche und europäische Unternehmen, die im Rohstoffsektor tätig sind.

3.1 UNTERNEHMEN IN DER PFLICHT: DEUTSCHLANDS ROHSTOFFSTRATEGIE 2010–2020

Um eine zuverlässige Versorgung mit Rohstoffen zu gewährleisten, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWT, heute BMWK) bereits 2010 eine erste Rohstoffstrategie vorgestellt (BMWT 2010), die 2020 erneuert wurde. Ein Kernziel war bereits damals die Schließung von sogenannten Rohstoffpartnerschaften mit rohstoffreichen Ländern zur »Erzielung von Effekten zum gegenseitigen Nutzen durch Verknüpfung entwicklungspolitischer Ziele mit konkreten unternehmerischen Rohstoffpartnerschaften« (BMW 2019).

Bemerkenswert war in der ursprünglichen Zielformulierung von Rohstoffpartnerschaften, dass die Hauptrolle zur Initiierung den Wirtschaftsakteuren zugeschrieben wurde. Sie wurden aufgefordert, konkrete Rohstoffprojekte zu entwickeln und dabei die wirtschaftliche Entwicklung im Partnerland zu unterstützen (BMWT 2010, S. 24). Zudem wurde eine Reihe von weiteren möglichen Zielen im Rahmen der Rohstoffpartnerschaften formuliert, z. B. die Ansiedlung weiterverarbeitender Industrie, Unterstützung bei der Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards oder Wissenstransfer durch wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit. Die konkrete Ausgestaltung und welche Unterstützung von politischer Seite geboten würde, blieb jedoch offen.

In der Folge kamen einige Rohstoffpartnerschaften zustande, der Erfolg war jedoch gering (Rüttinger et al. 2016). Die erste wurde im Oktober 2011 mit der Mongolei geschlossen; im Februar 2012 folgte eine weitere Partnerschaft mit Kasachstan und 2014 mit Peru, dazu 2013 eine völkerrechtlich nicht bindende Absichtserklärung mit Chile. Nichtregierungsorganisa-

tionen und Gewerkschaften kritisierten die Abkommen, weil sie keine verbindlichen Standards zu Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen enthielten und in den jeweiligen Ländern so keine nachhaltige Entwicklung eines Rohstoffsektors möglich sei. Insbesondere würden »Wertschöpfungsperspektiven für die Partnerländer fehlen und entwicklungspolitische Projekte ausbleiben« (Rüttinger et al. 2016, S. 29).

Auch von Unternehmerseite wurden die Partnerschaften als wenig zielführend bewertet. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) setzte sich gar beim BMWi dafür ein, neue Partnerschaften erst anzustoßen, sollten sich die alten als Erfolg erweisen (Dahlmann & Mildner 2013). Für deutsche Unternehmen war es wenig attraktiv, in diesem Umfeld in aufwendige und langfristige Projekte im Ausland zu investieren. Die Formulierungen, wie zum Beispiel zum Ausbau einer weiterverarbeitenden Industrie im Partnerland beizutragen, wurden vielfach als unverbindlich und Expert_innen zufolge als zu unkonkret kritisiert (Rüttinger et al. 2016, S. 28).

Ebenso wenig wurde klar, warum Rohstoffpartnerschaften für die Partnerländer attraktiv sein sollten. So konnte Deutschland nur geringe oder überhaupt keine konkreten Anreize bieten, zum Beispiel in Form eines Abbaus von Handelshemmnissen, um privilegierte Partnerschaften zu gestalten und zu erhalten (Rüttinger et al. 2016, S. 29). Allgemein wurde bemängelt, dass es an einer ressortübergreifenden Rohstoffstrategie fehle. Eine offizielle Evaluation der genannten Rohstoffpartnerschaften durch das zuständige Bundesministerium fand ebenfalls bis dato nicht statt.

3.2 NEUSTART DER DEUTSCHEN ROHSTOFFPOLITIK: DAS NEUE BMWK-ECKPUNKTEPAPIER

Die Abhängigkeiten von einzelnen Ländern als Lieferanten von Primärrohstoffen oder bereits raffinierten Rohstoffen haben sich seit 2010 drastisch verstärkt, insbesondere die Abhängigkeit von China. Gleichzeitig ist der Bedarf an Rohstoffen durch neue, vor allem grüne Technologien immens gestiegen. Entsprechend groß waren die Hoffnungen seitens der Industrie, als sich eine Novellierung der Rohstoffstrategie von 2020 ankündigte: Im Januar 2023 veröffentlichte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ein Eckpunktepapier mit dem Titel »Wege zu einer nach-

haltigen und resilienten Rohstoffversorgung«. Darin kündigt das BMWK an, in Zukunft eine aktivere Rolle in Bezug auf die Sicherung einer nachhaltigen und langfristigen Rohstoffversorgung einzunehmen. Die neue Rohstoffpolitik beruht demnach auf drei Säulen: 1. Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und Recycling 2. Berücksichtigung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards innerhalb von Unternehmensführungen und Behörden, kurz ESG (Environmental, Social and Governance) und 3. Diversifizierung von Rohstofflieferketten. Mit den drei Säulen werden wirtschaftliche und sicherheitspolitische mit ökologischen und sozialen Aspekten verbunden. So soll die Rohstoffpolitik zukünftig stärker mit der nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie verzahnt werden. Deutschland nimmt sich mit seiner Expertise im Bereich der unternehmerischen Sorgfaltspflicht zudem vor, die EU-Kommission bei der Entwicklung von ESG-Standards zu unterstützen. Erfahrungen mit dem deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) und der EU-Konfliktmineralienverordnung sollen stärker in die deutsche Rohstoffpolitik sowie auf europäischer Ebene, etwa in den *Critical Raw Materials Act*, einfließen. Darüber hinaus sollen bestehende Rohstofflieferketten einem Stresstest unterzogen werden und Unternehmen in der Folge zur Lieferkettendiversifizierung verpflichtet werden. Die neue Strategie stellt Versorgungssicherheit ins Zentrum. Um diese zu erhöhen und Risiken abzumildern, sei ihre Erhöhung und der Zugang zu Produktionskapazitäten im In- und Ausland notwendig. Dazu sollen Rohstoffprojekte durch Unternehmen mit einem Public-private-Fonds initiiert werden, dessen finanzielle Ausgestaltung sowie Kriterien im Eckpunktepapier nicht weiter ausdifferenziert sind. Jüngst wurde bekannt, dass sich die Bundesregierung auch mit einem nationalen Programm an Rohstoffprojekten im In- und Ausland beteiligen möchte: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) soll in den Jahren 2024 bis 2028 eine Milliarde an Eigenkapital für strategische Rohstoffprojekte bereitstellen, 85 % seien durch den Bundeshaushalt abgesichert (Handelsblatt 2024). Diese Projekte könnten sowohl Bergbauprojekte als auch Weiterverarbeitungs- und Recyclingprojekte sein. Über die Auswahl der Projekte soll ein Interministerieller Ausschuss an dem das BMWK und das Bundesministerium der Finanzen (BMF) beteiligt sein sollen, entscheiden. Die KfW soll die koordinierende Rolle im Beteiligungsprozess übernehmen. Vorrangig sollen hier Projekte in Ländern mit Good Governance verfolgt werden, d. h. innerhalb der OECD oder etwa in Südamerika. Über den Zeitpunkt zum Start des KfW-Programms ist bislang noch nichts bekannt.

Ein spannender Aspekt des 2023 veröffentlichten ergänzenden Eckpunktepapiers ist die erneute Zielsetzung, bi- und multilaterale Abkommen zur Rohstoffsicherung in Form von Partnerschaften abzuschließen. So soll insbesondere die Kooperation mit Ländern ausgebaut werden, die als »Wertepartner für die Bundesregierung gelten«. Deutschland solle langfristige Anreize für (Rohstoff-)Partnerschaften setzen, was beispielsweise durch die Förderung von Wertschöpfungsansätzen und Stärkung der eigenen Industriebasis in rohstoffreichen Ländern gelingen könne (BMWK 2023, S. 9).

Sowohl der Begriff des Wertepartners als auch die konkrete Ausgestaltung der Anreize auf staatlicher und unternehmerischer Seite bleiben im Eckpunktepapier jedoch undefiniert. Damit bleibt nicht nur unklar, wen Deutschland als sogenannten Wertepartner für sich definiert, sondern auch die Antwort auf die Frage, was Deutschland rohstoffreichen Ländern innerhalb einer Partnerschaft genau anbieten kann und will. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind aus dem BMWK keine weiteren offiziellen Dokumente zur Rohstoffstrategie gefolgt.

3.3 DAS COMEBACK DER DEUTSCHEN ROHSTOFFPARTNERSCHAFTEN

Wohl auch durch die globalen Krisen getrieben, wurden im Jahr 2023 in Ermangelung einer offiziell novellierten Rohstoffstrategie der deutschen Bundesregierung bestehende Rohstoffpartnerschaften wiederbelebt. So reiste die Parlamentarische Staatssekretärin Franziska Brantner nach Chile, in die Mongolei und nach Australien, um dort über Rohstoffpartnerschaften zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen. Diese stehen insbesondere im Falle der Mongolei und Australiens auch im Kontext des Energieausbaus. In Chile wurde eine konkrete unternehmerische Kooperation im Bereich der Umwelttechnik aufgesetzt.

Alle drei Partnerschaften haben gemeinsam, dass sie weitere Bereiche der industriellen Transformation in den Mittelpunkt stellen, wie beispielsweise Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft oder den Ausbau erneuerbarer Energien. Insbesondere im Fall Chiles und der Mongolei ist das Credo des Eckpunktepapiers, die Wirtschaft der jeweiligen Partnerländer intensiver zu fördern, deutlich zu erkennen. So stellte die Parlamentarische Staatssekretärin Brantner (BMWK 2023) auch während ihrer Reise in die Mongolei klar, dass ein ganzheitlicher Ansatz der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verfolgt wird:

Wir sollten unsere Zusammenarbeit nicht auf den Rohstoffbereich beschränken, vielmehr sehe ich großes Potenzial u. a. auch beim Ausbau erneuerbarer Energien, Energieeffizienz, im Maschinenbau, in der Bildungszusammenarbeit und auch bei nachhaltigem Tourismus. Wir sind insgesamt sehr daran interessiert, mit unseren mongolischen Partnern die wirtschaftlichen Beziehungen zu beiderseitigem Nutzen auszubauen.

Nichtsdestotrotz stellt die Bundesregierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage im November 2023 klar, »das spezielle Modell der Rohstoffpartnerschaften [nicht] ausweiten [zu wollen]« (Deutscher Bundestag, Drucksache 20/9096: S. 14 ff.).

Es wird dort weiter ausgeführt, dass in letzter Zeit lediglich bestehende Kooperationen mit Kanada, Australien, den USA, Japan, Chile sowie Frankreich und Italien ausgebaut wurden, die bestehenden Partnerschaften mit der Mongolei, Peru und Kasachstan werden bestätigt. Dennoch stellt die Bundesregierung in derselben kleinen Anfrage die Potenziale von Rohstoffpartnerschaften insbesondere für die Internationale Zusammenarbeit dar, wie beispielsweise die Stärkung verantwortungsvoller Lieferketten oder die Erhöhung der Wertschöpfung bzw. Weiterverarbeitung in den Partnerlän-

dern, die Schaffung von Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Förderung von Nachhaltigkeit und Transparenz im Sektor.

Seit Anfang der Legislaturperiode scheint es seitens des BMWK somit eine Strategiekorrektur im Bereich der Rohstoffpolitik zu geben. Zunächst fand das Instrument der Rohstoffpartnerschaften vorrangig als handelspolitisches Instrument Erwähnung. Von der ambitionierten Ankündigung, im Eckpunktepapier (neue) Wertepartnerschaften mit Drittländern forcieren zu wollen, scheint man aber eher abgekommen zu sein. Auch hat das Eckpunktepapier bisher nicht zu einer ressortabgestimmten novellierten Rohstoffstrategie geführt. Da die Bundesregierung sich dennoch weiterhin dafür engagiert, Rohstoffabkommen auf internationaler Ebene voranzutreiben, liegt die Vermutung nahe, dass neue Abkommen oder Partnerschaften insbesondere auf europäischer Ebene entstehen sollen.

3.4 DER CRITICAL RAW MATERIALS ACT: EUROPAS LÖSUNG?

In der Rede zur Lage der Union 2022 kündigte Kommissionspräsidentin von der Leyen ein Gesetz über kritische Rohstoffe an und läutete damit eine Neuausrichtung der europäischen Rohstoffpolitik ein. Die Kommissionspräsidentin rief dazu auf, die Abhängigkeit der EU von importierten kritischen Rohstoffen durch Diversifizierung und Sicherung einer heimischen und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen zu verringern. Statt von nur einem oder wenigen Ländern abhängig zu sein, solle die Zusammenarbeit der EU mit zuverlässigen Handelspartnern auf der ganzen Welt gestärkt werden. Gleichzeitig solle die Raffinierung, die Verarbeitung und das Recycling von wichtigen Rohstoffen in Europa erheblich gesteigert werden. Nur so könne der Zugang der EU zu Rohstoffen gesichert werden, die für die Herstellung von Schlüsseltechnologien unerlässlich seien.

Anfang 2023 veröffentlichte die Kommission ihren Vorschlag für eine Verordnung über kritische Rohstoffe (*Critical Raw Materials Act*, CRMA). Nur wenige Monate später folgten das Europäische Parlament und der Europäische Rat mit ihren Positionen. Der darauffolgende Trilog fand in Rekordzeit bereits im November 2023 ein Ende, als EU-Industriekommissar Thierry Breton den politischen Kompromiss verkündigte. Analog zu von der Leyens Ankündigungen war die Zielsetzung: die Sicherung der Widerstandsfähigkeit und die wirtschaftliche Sicherheit Europas. Von der Bekämpfung des weltweiten Klimawandels oder dem Ziel, wirtschaftliche Entwicklungen in den rohstoffreichen Ländern zu fördern, war jedoch nicht prominent die Rede.²

² Kurz zuvor, 2021, hatte die EU bereits begonnen, Absichtserklärungen mit Drittländern zu Rohstoffpartnerschaften zu schließen, darunter etwa Kanada (2021) und die Ukraine (2021). Danach folgten Namibia (2022), Kasachstan (2023), Argentinien (2023), Chile (2023), die Demokratische Republik Kongo (2023), Sambia (2023), Grönland (2023), Ruanda (2024), Norwegen (2024) und Usbekistan (2024). Bei allen Abkommen handelt es sich bislang um *Memoranda of Understanding (MOUs)*, wodurch sie nicht bindend sind (Wolf 2023).

Der *Critical Raw Materials Act* formuliert ehrgeizige Ziele: Bis 2030 soll die EU 10 % des jährlichen Verbrauchs von strategischen Rohstoffen aus heimischem Bergbau decken sowie 25 % aus Recycling. Damit wurde die ursprüngliche Recyclingquote um 10 Prozentpunkte erhöht. Außerdem sollen 40 % der Weiterverarbeitung innerhalb der EU stattfinden, und bei keinem strategischen Rohstoff soll die Abhängigkeit von einem Lieferanten höher als 65 % sein. Momentan ist die EU von allen Zielmarken weit entfernt. Trotzdem verspricht sie sich auf diesem Weg nicht nur das Ziel der eigenen Versorgungssicherheit, sondern auch, die gesetzten Klima- und Digitalziele für 2030 zu erreichen. Das Gesetz umfasst eine Anzahl von 34 sogenannten kritischen Rohstoffen. Sie gelten als wirtschaftlich wichtig für die Versorgungssicherheit. Die Liste wird seit 2011 von der EU veröffentlicht und laufend aktualisiert. Kürzlich ist eine weitere Liste mit sogenannten strategischen Rohstoffen hinzugekommen. Darunter sind Rohstoffe zu verstehen, die stark nachgefragt sind und die häufig in strategischen Industrien verwendet werden (Europäische Union, Verordnung, 2024/1252).

Bei der praktischen Umsetzung setzt der CRMA auf zwei Strategien: Zum einen sollen strategische Projekte aufgesetzt und zum anderen strategische Partnerschaften geschlossen werden.

Strategische Projekte dienen der Gewinnung, der Verarbeitung oder dem Recycling strategischer oder kritischer Rohstoffe oder zur Herstellung einschlägiger Ersatzrohstoffe. Unternehmen in der EU sollen zukünftig die Möglichkeit haben, diese Projekte zu beantragen. Sie sollen zwischen einem EU-Land und einem Drittstaat aufgebaut sein. Ebenso können sie auch innerhalb der EU stattfinden.

Durch schnellere Genehmigungsverfahren und finanzielle Unterstützung hofft die EU, ausreichend Anreize für Unternehmen zu setzen und neue Rohstoffvorkommen zu erschließen. Bisher scheuen viele Unternehmen diese Investitionen. Dies liegt nicht zuletzt an den erfolglosen Bemühungen einiger Unternehmen. Die Finanzierung soll über verschiedene bereits bestehende Fonds gewährleistet werden. Näheres ist jedoch bisher nicht bekannt, was sowohl von der Wirtschaft als auch von der Zivilgesellschaft kritisiert wird. Kritik von der Zivilgesellschaft kommt auch an den verkürzten Genehmigungsverfahren. Es wird auf das ernst zu nehmende Problem hingewiesen, dass Umweltaspekte und Konsultationen mit betroffenen Rechteinhaber_innen zukünftig übergangen werden können.

Die Auswahl der strategischen Projekte trifft die Kommission. Dabei wird ihr ein neu zu gründender *Ausschuss für kritische Rohstoffe* zur Seite stehen. Dieser wird die Kommission bei der Entwicklung von strategischen Projekten und ihrer Finanzierung, von Explorationsprogrammen, Überwachungskapazitäten oder dem Aufbau von strategischen Vorräten unterstützen und beraten.

Bei den Kriterien für strategische Projekte steht an prominenter Stelle der Beitrag zur Versorgungssicherheit der EU. Darüber hinaus werden auch die technische Durchführbar-

keit und Planbarkeit, Nachhaltigkeitsaspekte mit Blick auf Umwelt- und Menschenrechte, grenzübergreifende Vorteile innerhalb der EU sowie der beidseitige Nutzen des Projektes sowohl für das EU- als auch das Drittland aufgeführt. Mit Blick auf die verschiedenen Nachhaltigkeitsaspekte fällt die teilweise unsystematische Aneinanderreihung von menschenrechtlichen, ökologischen und entwicklungspolitischen Aspekten auf. Zwar sind wichtige Punkte genannt, die ein Projekt zu einem nachhaltigen Vorhaben machen können. Es fehlt aber insbesondere an der Priorisierung von menschen- und umweltrechtlichen Sorgfaltspflichten der Unternehmen gegenüber dem Ziel der Versorgungssicherheit.

CRMA/Auszug aus Artikel 6: Kriterien für die Anerkennung strategischer Projekte

(1) Auf Antrag des Projektträgers und gemäß dem in Artikel 7 festgelegten Verfahren erkennt die Kommission Projekte im Bereich kritische Rohstoffe, die die folgenden Kriterien erfüllen, als strategische Projekte an:

- a) Mit dem Projekt würde ein bedeutender Beitrag zur Sicherung der Versorgung der Union mit strategischen Rohstoffen geleistet;
- b) das Projekt ist technisch durchführbar oder wird es innerhalb eines angemessenen Zeitraums sein, und das erwartete Produktionsvolumen des Projekts kann mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden;
- c) das Projekt würde nachhaltig durchgeführt werden, insbesondere im Hinblick auf die Überwachung, Verhinderung und Minimierung von Umweltauswirkungen, die Verhinderung und Minimierung von sozial nachteiligen Auswirkungen durch die Anwendung sozial verantwortlicher Verfahren, einschließlich der Achtung der Menschenrechte, der Rechte indigener Völker und der Arbeitsrechte, insbesondere im Fall unfreiwilliger Umsiedlungen, das Potenzial für die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und eine sinnvolle Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften und einschlägigen Sozialpartnern, und die Anwendung transparenter Geschäftsmethoden mit angemessenen Maßnahmen zur Einhaltung der Vorschriften, um die Gefahr nachteiliger Auswirkungen auf das ordnungsgemäße Funktionieren der öffentlichen Verwaltung, darunter durch Korruption und Bestechung, zu verhindern und zu minimieren;
- d) bei Projekten in der Union hätte die Einrichtung, der Betrieb oder die Herstellung des Projekts grenzübergreifende Vorteile über den betreffenden Mitgliedstaat hinaus, auch für nachgelagerte Wirtschaftszweige;
- e) bei Projekten in Drittländern, bei denen es sich um aufstrebende Märkte oder Entwicklungsländer handelt, wäre das Projekt für die Union und das betreffende Drittland von beiderseitigem Nutzen, da mit ihm ein Mehrwert in diesem Drittland geschaffen würde.

Quelle: Europäische Union, Verordnung, 2024/1252

Anträge für ein strategisches Projekt müssen bei der Kommission eingereicht werden und eine Vielzahl an Nachweisen enthalten. Dazu zählt auch ein Plan mit Maßnahmen zur Förderung der öffentlichen Akzeptanz, wozu wiederum auch die Einbindung von betroffenen Gemeinschaften zählt sowie die Einrichtung regelmäßiger Kommunikationskanäle beispielsweise mit Sozialpartnern. Bei Projekten, die Auswirkungen auf indigene Menschen und ihren Lebensraum haben, soll ein Plan mit Maßnahmen zur konstruktiven Konsultation vorgelegt werden. Dieser Plan soll aufzeigen, wie negative Auswirkungen auf die Rechte indigener Menschen verhindert oder minimiert werden und wie zu einer gerechten Entschädigung beigetragen werden kann. Zu einem Antrag gehören etwa auch Schätzungen bezüglich der Schaffung potenzieller Arbeitsplätze und Bedarfe an qualifizierten Arbeitskräften.

Damit finden sich sowohl bei den Kriterien als auch bei den Antragsmodalitäten für strategische Projekte einige menschenrechtliche, umweltrechtliche und entwicklungspolitische Aspekte wieder. In den Erwägungsgründen des Gesetzes wird auf eine Liste internationaler Instrumente und Rechtsvorschriften verwiesen, anhand derer geprüft werden soll, ob Projekte in Drittländern als nachhaltig eingestuft werden. Wird eine Zertifizierung vorgenommen, kann auf die Prüfung aber verzichtet werden. Auf diesem Weg können Zertifikate mit umfassenden Sorgfaltspflichten gleichgesetzt werden. In der Vergangenheit wurde jedoch durch zahlreiche Vorfälle deutlich, dass Zertifizierungen keinesfalls garantieren, dass Menschenrechts- und Umweltstandards tatsächlich eingehalten werden, und eine Prüfung nicht ersetzen können.

Extrem deutlich wird die Priorisierung von wirtschaftlichen Kriterien gegenüber Menschen- und Umweltrechten: Projekte mit negativen Umweltauswirkungen können genehmigt werden, sofern eine Einzelfallprüfung zu dem Schluss kommt, dass das Projekt dem öffentlichen Interesse dient (CRMA/Erwägungsgründe 27).

Problematisch ist auch, dass die ILO-Konvention 169 nicht explizit aufgenommen wurde. Stattdessen ist die *United Nations' Declaration on the Rights of Indigenous Peoples* (UNDRIP) als Kriterium benannt. Die UNDRIP enthält zwar das Prinzip der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (*Indigenous Peoples' right to Free, Prior and Informed Consent*, FPIC), ist aber rechtlich nicht bindend, sondern dient eher als eine Art *moral high ground*, indem mögliche Lösungen für die Probleme indigener Völker aufgezeigt werden. Es bleibt damit unklar, was eine konstruktive Konsultation mit indigenen Menschen alles beinhalten muss und was geschieht, falls indigene Menschen einem strategischen Projekt nicht zustimmen (EURMC 2024).

Neben den strategischen Projekten bilden **strategische Partnerschaften** den zweiten Pfeiler für den Zugriff auf Rohstoffe. Als strategische Partnerschaft wird

eine Verpflichtung zwischen der Union und einem Drittland oder einem überseeischen Land und Gebiet [verstanden], [die] die Zusammenarbeit in Bezug auf die Wertschöpfungskette für Rohstoffe durch ein nicht verbindliches Instrument verstärken, in dem

Maßnahmen von beiderseitigem Interesse festgelegt werden, die sowohl für die Union als auch für das jeweilige Drittland oder die jeweiligen überseeischen Länder oder Gebiete vorteilhafte Ergebnisse ermöglichen (Artikel 2/63).

Bei der Definition von strategischen Partnerschaften fällt sofort ins Auge, dass die Partnerschaft für beide Parteien Vorteile haben soll. Umso interessanter ist dann, dass der CRMA in der Ausgestaltung der Anreizsetzung relativ vage bleibt. Sämtliche Kriterien zur Ausgestaltung der strategischen Partnerschaften werden lediglich mit Blick auf den *Ausschuss für kritische Rohstoffe* genannt. Wie bei den strategischen Projekten soll der Ausschuss die Kommission bezüglich der Rohstoffpartnerschaften beraten. Dies betrifft etwa, welchen Beitrag die Partnerschaften für die EU und das jeweilige Partnerland leisten sollen, wie Kohärenz und Synergien zwischen bilateralen Vorhaben von EU-Mitgliedsländern mit Drittstaaten und den strategischen Partnerschaften der EU gewährleistet werden, wie eine Priorisierung zwischen Partnerschaftsvorhaben vorgenommen werden kann und schlussendlich wie eine Kohärenz auch mit anderen europäischen politischen Instrumenten hergestellt wird. Der Ausschuss hat im Rahmen dessen die Möglichkeit, Drittstaaten anzuhören und Expert_innen aus Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft einzuladen. Die Anhörung ist aber nicht obligatorisch, d. h. Expertisen von Rechteinhabenden können auch ungehört bleiben.

CRMA/Auszug aus Artikel 37: Internationale Zusammenarbeit und strategische Partnerschaften

(1) Der Ausschuss erörtert regelmäßig Folgendes:

- a) inwieweit die von der Union geschlossenen strategischen Partnerschaften zu Folgendem beitragen:
 - i) zur Verbesserung der Versorgungssicherheit der Union, unter Berücksichtigung der in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b genannten Richtwerte,
 - ii) zur Verbesserung der Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe zwischen der Union und Partnerländern, einschließlich durch Programme für den Aufbau von Kapazitäten und den Transfer von Technologien zur Förderung der Kreislauffähigkeit und eines verantwortungsvollen Recyclings kritischer Rohstoffe in den Erzeugerländern;
 - iii) zu der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Partnerländer, unter anderem durch die Förderung von nachhaltigen Verfahren und Verfahren der Kreislaufwirtschaft, menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und der Achtung der Menschenrechte entlang ihrer Wertschöpfungsketten für kritische Rohstoffe;
- b) die Widerspruchsfreiheit und potenzielle Synergien zwischen der bilateralen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit einschlägigen Drittländern und den von der Union im Rahmen strategischer Partnerschaften durchgeführten Maßnahmen;

- c) welche Drittländer mit Blick auf den Abschluss strategischer Partnerschaften Vorrang haben sollten, wobei folgende Kriterien zu berücksichtigen sind:
 - i) der potenzielle Beitrag zur Versorgungssicherheit sowie zu deren Widerstandsfähigkeit unter Berücksichtigung der potenziellen Reserven, Gewinnungs-, Verarbeitungs- und Recyclingkapazitäten eines Drittlands im Bereich kritische Rohstoffe,
 - ii) ob eine Zusammenarbeit zwischen der Union und einem Drittland die Fähigkeit eines Drittlands verbessern könnte, die Überwachung, Vermeidung und Minimierung negativer Umweltauswirkungen durch seinen Regulierungsrahmen und dessen Umsetzung, durch die Anwendung sozial verantwortlicher Verfahren, einschließlich der Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte insbesondere in Bezug auf Zwangsarbeit und Kinderarbeit, durch eine sinnvolle Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften, einschließlich indigener Völker, durch die Anwendung transparenter, verantwortungsvoller Geschäftspraktiken und die Verhinderung nachteiliger Auswirkungen auf das ordnungsgemäße Funktionieren der öffentlichen Verwaltung und die Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen,
 - iii) ob es bestehende Kooperationsabkommen zwischen der Union und einem Drittland gibt sowie in Bezug auf aufstrebende Märkte und Entwicklungsländer das Potenzial für die Einführung von Global Gateway-Investitionsprojekten, einschließlich mit Blick auf die Förderung von Investitionen in strategische Projekte,
 - iv) in Bezug auf aufstrebende Märkte und Entwicklungsländer, ob und wie eine Partnerschaft zur lokalen Wertschöpfung, einschließlich nachgelagerter Aktivitäten, beitragen könnte und für die Union und das Partnerland von gegenseitigem Nutzen wäre;
 - d) Ratschläge an die Kommission dahingehend, wie sichergestellt werden kann, dass die in diesem Absatz genannten strategischen Partnerschaften mit der Politik der Union gegenüber aufstrebenden Märkten und Entwicklungsländern im Einklang stehen.

Quelle: Europäische Union, Verordnung, 2024/1252

Wie bei den strategischen Projekten ist auch bei den Partnerschaften deutlich, dass das primäre Interesse die Sicherstellung der europäischen Versorgungssicherheit ist. Obgleich menschen- und umweltrechtliche Aspekte genannt werden, fehlt es auch hier an einer eindeutigen Priorisierung von Menschenrechten und Umweltschutz, die von Beschäftigten und Rechteinhabenden nachgehalten werden kann. Ebenso bleibt unklar, wie der Mehrwert für die Partnerländer tatsächlich gewährleistet und durch wen er umgesetzt und womit finanziert wird.

4

ZEHN EMPFEHLUNGEN ZUR AUSGESTALTUNG VON ROHSTOFFPARTNERSCHAFTEN

Rohstoffpartnerschaften spielen in der deutschen und europäischen Rohstoffpolitik seit Langem eine Rolle. Ihre Zielsetzung und Ausgestaltung haben sich jedoch insbesondere in jüngster Zeit verändert. Sowohl das neue Eckpunktepapier aus dem BMWK als auch der kürzlich verabschiedete *Critical Raw Materials Act* bauen auf eine größere Anreizsetzung für rohstoffreiche Länder. Dazu zählen die wirtschaftliche Entwicklung der rohstoffreichen Länder sowie die Einhaltung von Menschen- und Umweltrechten. Ebenso wird versucht, deutsche und europäische Unternehmen stärker einzubinden und bei Investitionen zu fördern. Die genauere Analyse zeigt aber Diskrepanzen und Zielkonflikte zwischen den Zielen und Erwartungen europäischer Länder und denen rohstoffreicher Drittländer. Genauso stehen die Partnerschaften vor zahlreichen Herausforderungen, etwa der fehlenden Kohärenz zwischen verschiedenen europäischen Instrumenten oder der Priorisierung von wirtschaftlichen Interessen gegenüber menschen- und umweltrechtlichen Aspekten.

Damit Partnerschaften sowohl dem Ziel der Versorgungssicherheit europäischer Staaten gerecht werden, als auch der wirtschaftlichen, sozialen und umweltrechtlichen Entwicklung rohstoffreicher Drittstaaten dienen, müssen folgende Punkte bei der Ausgestaltung berücksichtigt werden:

4.1 KONTEXTANALYSE UND GEMEINSAMES AUSHANDELN (MULTI-STAKEHOLDER-ANSATZ)

Die bisherigen Partnerschaften zwischen EU-Staaten bzw. zwischen der EU und Drittstaaten beruhen überwiegend auf Absichtserklärungen. Darauf aufbauend sollen Roadmaps erarbeitet werden, in denen Aktivitäten ausbuchstabiert werden. In einem weiteren Schritt sollen Partnerschaftsabkommen verabschiedet werden. Die bisherigen Absichtserklärungen scheinen sich in ihrer Ausgestaltung jedoch stark zu gleichen (Fern et al. 2023). Eine kontextspezifische Analyse scheint nicht ausreichend erfolgt zu sein. Ebenso ist unklar, ob und inwieweit Expertise von Vertreter_innen von Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Wirtschaft eingeflossen ist.

- Jede Partnerschaft erfordert eine genaue Analyse des jeweiligen Kontextes des rohstoffreichen Landes. Das betrifft die wirtschaftliche Entwicklung, die sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen sowie die umweltrechtlichen Aspekte, die mit dem Rohstoffabbau ein-

hergehen. Genauso müssen die bisherigen bilateralen Beziehungen, etwa zwischen Deutschland und dem rohstoffreichen Drittland oder der EU und dem Drittland, in die Ausgestaltung des Partnerschaftsabkommens einfließen.

- Bereits bei der Ausgestaltung des Partnerschaftsabkommens sollten im Sinne eines Multi-Stakeholder-Ansatzes neben den jeweiligen staatlichen Ebenen auch gewerkschaftliche und zivilrechtliche Expertise von Beginn an einbezogen werden. Auch die Wirtschaft sollte direkt beteiligt werden, da etwa Investitionen ihrerseits unabdingbar sind.
- Der Prozess sollte sich durch Transparenz und Konsultationsprozesse auszeichnen. Entsprechend sollten die Abkommen allen Beteiligten ohne Hürden zugänglich sein.
- Durch Kontextanalyse und Beteiligung von Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft kann die Akzeptanz für die Partnerschaft und deren Ziele erhöht werden.

4.2 TECHNOLOGIE- UND WISSENS-TRANSFER

Rohstoffpartnerschaften sollten den Transfer von Wissen und Technologie fördern, um vielfältige positive Effekte in rohstoffreichen Ländern zu erzielen. Ein effektiver Wissens- und Technologietransfer kann entscheidend zur nachhaltigen Entwicklung beitragen, indem er die wirtschaftliche Diversifizierung und lokale Wertschöpfung unterstützt. Zudem ist es für die Produzentenländer von großer Bedeutung, die Umweltstandards zu verbessern und durch die Einführung effizienterer und weniger schädlicher Abbaumethoden zur Schonung der natürlichen Ressourcen beizutragen.

- Die Modernisierung der Technik spielt in vielen rohstoffreichen Ländern eine Schlüsselrolle: Sie kann helfen, den Wasserverbrauch zu senken, die Emission von Schadstoffen zu reduzieren und den Energieverbrauch zu minimieren. Dabei sollten die eingesetzten Technologien und Wissensinhalte auf die länderspezifischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen zugeschnitten sein. Dies gewährleistet, dass die Maßnahmen nicht nur effektiv, sondern auch nachhaltig und umweltgerecht umgesetzt werden können.
- Den multinationalen Unternehmen kommt dabei eine wichtige Rolle zu, denn sie sind es, die das spezialisierte Wissen mitbringen. Die Unternehmen sollten – sofern

dies mit geltendem Recht von Freihandels- und Investitionsabkommen vereinbar ist – in die Pflicht genommen werden, Technologie zu transferieren und lokale Arbeitskräfte einzustellen, denn so kann am wirksamsten Know-how vermittelt werden. Im Idealfall gibt es gemeinsame Projekte in Forschung und Entwicklung mit lokalen Universitäten und Forschungsinstituten.

- Der Technologietransfer ist ein wichtiger Hebel zur Steigerung der lokalen Wertschöpfung. Durch Investitionen aus dem Privatsektor und den Einsatz innovativer Technologien können Partnerländer die Produktivität einzelner Produktionsschritte erhöhen und stärker vom Bergbau und der Weiterverarbeitung von Rohstoffen profitieren.

4.3 DEN ARBEITSMARKT ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN

Der Bergbausektor ist kapitalintensiv und schafft selten formelle, lokale Arbeitsplätze. Studien belegen, dass multinationale Unternehmen häufig auf ausländische Arbeitskräfte und importierte Ressourcen zurückgreifen, statt den lokalen Arbeitsmarkt zu stärken (Lebdioui 2020). Für die Menschen vor Ort entstehen so bisher wenig positive Effekte.

- Partnerschaften müssen so gestaltet sein, dass sie den lokalen Arbeitsmarkt und damit die lokal arbeitende Bevölkerung stärken. Gerade rohstoffreiche Länder haben oft einen überdurchschnittlichen Anteil von Jugend Arbeitslosigkeit und damit Fachkräftepotenzial, das durch entsprechende (duale) Ausbildungsprogramme gehebelt werden könnte. Rohstoffpartnerschaften sollten daher gezielt Programme zur beruflichen Bildung und Weiterbildung fördern, die auf die Bedürfnisse des lokalen Arbeitsmarktes und die Anforderungen einer modernen, nachhaltigen Wirtschaft ausgerichtet sind. Dies sollte die Einrichtung von Ausbildungszentren, Hochschulkoooperationen und die Vergabe von Stipendien umfassen, um Fachkräfte in zukunftsfähigen Sektoren zu qualifizieren.
- Gleichzeitig sollte dazu beigetragen werden, dass sich die Arbeitsmärkte der rohstoffreichen Länder langfristig diversifizieren, damit die Länder neben dem Rohstoffabbau auch andere Wertschöpfungsoptionen haben. Letzteres ist insbesondere wichtig, wenn zu erwarten ist, dass die Nachfrage aufgrund neuer Quellen oder neuer technischer Entwicklungen zurückgehen wird.
- Oberstes Ziel muss sein, nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Arbeitsplätze zu verbessern. Dazu gehört die Einhaltung internationaler Arbeitsstandards, die Gewährleistung angemessener Löhne, die Sicherstellung fairer Arbeitsbedingungen und Sozialschutz für alle Beschäftigten sowie die Förderung sicherer und gesunder Arbeitsumgebungen.

4.4 RECHTE DER INFORMELL ARBEITENDEN BEVÖLKERUNG STÄRKEN

Im Rohstoffsektor spielt der informelle Sektor weltweit eine bedeutende Rolle. Nach Schätzungen der Weltbank (2020) arbeiten im artisanalen Kleinbergbau (*Artisanal and small-scale mining*, ASM) fast 45 Millionen Menschen in mehr als

80 Ländern. Zählt man zu den direkten Arbeitsplätzen noch die indirekten hinzu, so beschäftigt der ASM 269 Millionen – und das überwiegend informell (80–90 %).

Der ASM zeichnet sich durch einfache, arbeitsintensive Methoden und minimalen Maschineneinsatz aus. Für viele Menschen stellt der ASM eine lebenswichtige Einkommensquelle dar. Gleichzeitig geht damit für die Menschen einher, dass ihre wirtschaftliche Tätigkeit weder staatlich erfasst noch reguliert und kontrolliert wird. Gerade im informellen Sektor kommt es zu zahlreichen Arbeitnehmerrechtsverletzungen. Angesichts der benötigten Rohstoffe (wie insbesondere Kobalt) können diese Drittländer als Rohstoffquelle auch nicht umgangen werden.

- Rohstoffpartnerschaften müssen daher die gesamte arbeitende Bevölkerung in den Blick nehmen und für sie unterstützende Maßnahmen benennen. Das betrifft somit auch alle Arbeiter_innen, die bisher informell im Bergbau tätig sind.
- Langfristiges Ziel sollte es sein, den Kleinbergbau aus der Informalität zu führen und die Arbeiter_innen mit grundlegenden Rechten auszustatten. Dazu gehören Gesundheitsschutz, faire Entlohnung und das Recht auf Vereinigungsfreiheit.
- Parallel dazu sollten durch die Industrialisierung in vor- oder nachgelagerten Sektoren neue, formale Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Diese Maßnahmen bieten eine echte Alternative zur bisherigen informellen Tätigkeit und fördern eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

4.5 UNTERSTÜTZUNG BEIM INDUSTRIEAUFBAU UND LOKALE WERTSCHÖPFUNG

Um die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen, sollte der industrielle Sektor aufgebaut und gestärkt werden. Länder mit reichen Rohstoffvorkommen streben danach, nicht nur unverarbeitete Rohstoffe zu exportieren, sondern auch höherwertige Verarbeitungsstufen im eigenen Land zu etablieren. Letzteres schafft neue Arbeitsplätze, erhöht Einkommen, trägt zu einer Diversifizierung der Wirtschaft bei und letztendlich zu höheren Steuereinnahmen und mehr Wachstum im Drittland. Da aktuell der Großteil der Weiterverarbeitung in China stattfindet, würde der Aufbau von weiterverarbeitender Industrie der Diversifizierung von Rohstofflieferketten, und damit auch der Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa, dienen. In allen Absichtserklärungen wird die Möglichkeit für höhere Wertschöpfung zugesichert. Und auch in allen Strategien der deutschen und europäischen Rohstoffpolitik wird die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung der rohstoffreichen Länder als entscheidender Anreiz betont. Wie dies in der Realität umgesetzt werden soll, scheint aber bisher noch unklar.

- Es ist entscheidend, dass diese Zusagen nach Wertschöpfungsaufbau und -verlagerung nicht nur rhetorischer Natur bleiben. Vielmehr ist eine auf das jeweilige Land zugeschnittene Strategie erforderlich, die in Zusam-

menarbeit mit allen relevanten Stakeholdern, auch der Wirtschaft, entwickelt wird. Die Abkommen müssen gewährleisten, dass die Partnerländer bei der Entwicklung einer eigenen industriellen Basis unterstützt werden und lokale Wertschöpfung gefördert wird. In rohstoffreichen Ländern bieten sich Verflechtungen in vor- und nachgelagerte Sektoren an, um eine solide Basis aufzubauen (Morris et al. 2011).

- Auch im Bergbausektor wird zunehmend deutlich, dass Unternehmen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, während sie andere Aktivitäten an Zulieferer auslagern. Dies bietet eine Chance für rohstoffreiche Länder, lokale Zulieferindustrien zu stärken bzw. aufzubauen. So können Programme entwickelt werden, die nicht nur lokale Unternehmen fördern, sondern auch die Abhängigkeit von Zulieferern aus dem Ausland reduzieren. Ein weiterer wichtiger Faktor für die lokale Weiterverarbeitung von Rohstoffen ist der Aufbau einer zuverlässigen Infrastruktur in Schlüsselbereichen wie Energie, Transport und Kommunikation. Hier kann das EU-Programm Global Gateway eine Plattform sein, die strategische, nachhaltige und werteorientierte Investitionen in globale Infrastrukturen ermöglicht und unterstützt.
- Der EU geht es erklärtermaßen darum, in den rohstoffreichen Ländern die Wertschöpfung zu fördern. Jedoch nimmt die bisherige EU-Handelspolitik den Partnerländern überwiegend den industriepolitischen Spielraum, Wertschöpfung vor Ort *aus eigener Kraft* zu initiieren. Beispielsweise geht die EU bei der Welthandelsorganisation (WTO) immer wieder gegen Länder vor, die Exportbeschränkungen auf ihre Rohstoffe verhängen. Auch Exportsteuern sollen verboten werden. Während ein Verbot auf multilateraler Ebene bisher nicht durchgesetzt werden konnte, werden sie in EU-Freihandelsabkommen explizit verboten (z. B. im EU-Vietnam- oder EU-Kanada-Abkommen). Andere Freihandelsabkommen, die aktuell verhandelt werden (z. B. mit Australien, Indonesien und Tunesien) oder schon verhandelt sind (Chile, Mexiko und Neuseeland), enthalten explizit ein Kapitel zu Energie und Rohstoffen. Auch diese Abkommen schränken den industriepolitischen Handlungsspielraum noch in Teilen ein. Handelspolitik und Rohstoffpolitik müssen kohärent verbunden werden und somit Handels- und Investitionsabkommen so gestaltet werden, dass sie dem Ziel der Wertschöpfungsverlagerung nicht entgegenstehen.
- Lokale Wertschöpfung kann nur entstehen, wenn neben staatlichen Investitionen auch privatwirtschaftliche Investoren gefunden werden. Hierzu sind Kreditangebote notwendig, die private Investitionen hebeln. Das ist in erster Linie die Rolle der Entwicklungsbanken, beispielsweise der KfW. (Siehe hierzu weiter Punkt 6)

4.6 GESICHERTE FINANZIERUNG VON ROHSTOFFPARTNERSCHAFTEN UND -PROJEKTEN

Entscheidend für die Realisierung von Rohstoffpartnerschaften bzw. -projekten ist deren gesicherte Finanzierung. Um Unternehmen Anreize für die kostenreichen und langfristigen Rohstoffprojekte zu geben, gelten Public-private-

Partnerships oder Ausfallgarantien für Kredite als aussichtsreich. In den vergangenen Jahren wurden eine Reihe von Finanzierungsinstrumenten angekündigt, etwa innerhalb des Global-Gateway-Programms, des EU Chips Act oder der nationalen Rohstofffonds (Frankreich, Italien, ggf. Deutschland). Die genauen Förderbedingungen, Ziel- bzw. Ländergruppen und Prozesse sind jedoch undurchsichtig. Damit bleibt der Anreiz bisher aus.

- Bezüglich der verschiedenen potenziellen Finanzierungstöpfe muss Transparenz und Klarheit geschaffen werden: Welche Fördertöpfe richten sich an Unternehmen im Rohstoffbereich? Welche Vergabekriterien liegen vor? Auf welche Länder zielen die Finanzierungsmöglichkeiten ab?
- Unklarheit besteht auch, inwieweit die bisherigen Finanzierungsmöglichkeiten tatsächlich auf die Förderung von Projekten in Lateinamerika, Afrika und Asien abzielen. Der Eindruck entsteht, dass zwar Partnerschaften mit zahlreichen Ländern weltweit in der Diskussion stehen, Programme zur Förderung und Ankurbelung von Investitionen sich dann aber vorrangig auf den europäischen Raum oder wenige einzelne rohstoffreiche Drittstaaten beziehen. Zielt Global Gateway noch recht klar auf den Globalen Süden ab, bleibt dies bei den weiteren europäischen und nationalen Programmen offen. Da sich auch die Rohstoffpolitik der USA mit ihrer *Mineral Security Partnership* mit hohen Anforderungen im ESG-Bereich und Sicherheit auf den OECD-Raum zu beschränken scheint, wäre es strategisch sinnvoll, weitere spezifische Finanzierungsangebote für Drittländer des Globalen Südens zu konzipieren.
- Bei der Vergabe von deutschen oder europäischen Geldern oder der Gewährung von Ausfallgarantien an Unternehmen muss garantiert sein, dass die Einhaltung von Menschen- und Umweltrechtsstandards hohe Priorität bekommt. Für den deutschen Raum ist die Rolle der KfW als Entwicklungsbank von politischer Seite grundsätzlich neu zu justieren. Wie eine aktuelle Studie der Stiftung Klimaneutralität zeigt, wird die KfW ihrer Rolle als Entwicklungsbank noch nicht ausreichend gerecht (Hirsch et al. 2024). Die Mittel, die für transformative Projekte in den Globalen Süden fließen, sind noch immer unterdurchschnittlich. Anders als andere nationale Entwicklungsbanken ist die KfW nicht in der Lage, in großem Maße private Investitionen zu hebeln. Darüber hinaus folgt die Wirkungsmessung im Nachhaltigkeitsbereich der KfW noch immer nicht den Pariser Klimazielen. Um zielführende Angebote an Unternehmen für Investitionen im Rohstoffbereich im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation zu schaffen, gilt es, deren Kriterien dringend politisch zu reformieren.
- Sollte die KfW den angekündigten deutschen Rohstofffonds realisieren, muss sichergestellt werden, dass in die Förderrichtlinien und damit in die Kriterien zur Auswahl ESG-Standards und entsprechend unternehmerische Sorgfaltspflichten einfließen. Hier muss auch bei unterschiedlichen Interessen der Regierungsparteien sichergestellt werden, dass menschen- und umweltrechtliche Kriterien nicht hinter wirtschaftliche Ziele der europäischen Partner zurückfallen.

4.7 RESSOURCENEFFIZIENZ UND KREISLAUFWIRTSCHAFT

Durch die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft besteht mittelfristig eine große Abhängigkeit von Primärrohstoffen. Nichtsdestotrotz wurde in den vorab skizzierten Strategien der Bundesregierung und der EU immer wieder deutlich das langfristige Ziel formuliert, den Rohstoffverbrauch durch die Etablierung einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft zu senken – eine Herausforderung insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem überdurchschnittlich hohen Primärrohstoffverbrauch.

Hierdurch entsteht absehbar ein Dilemma: Aktuell steigt in den Industrienationen die Nachfrage nach Primärrohstoffen in historischem Ausmaß, wobei die Wissenschaft den Peak für 2030 prognostiziert (Prognos, Öko-Institut, Wuppertal Institut 2023). Sobald eine Kreislaufwirtschaft etabliert ist und weitere Maßnahmen zur Reduktion von Primärrohstoffen greifen, wird die Nachfrage langfristig drastisch abfallen. Die Folgen werden die rohstoffreichen Länder des Globalen Südens zu tragen haben.

- Daher ist es geboten, in aktuell entstehende Rohstoffpartnerschaften sozialverträgliche Lösungen einzubauen, die bei einem drastischen Nachfragerückgang greifen. Dazu gehört einerseits der Technologietransfer und die Förderung von Forschung und Innovation in den rohstoffreichen Ländern sowie die grüne Transformation der Wirtschaft im Allgemeinen und der Ausbau ihrer eigenen Fähigkeit zur Kreislaufwirtschaft im Speziellen. Andererseits sollten die Rohstoffpartnerschaften unter Mitsprache der Sozialpartner entstehen und bestehende gewerkschaftliche Akteure eingebunden werden, um einen Sozialplan für die Beschäftigten, insbesondere im Bergbau, zu entwickeln.
- Daneben sollte schon jetzt eine ernst zu nehmende Rohstoffreduktion in allen Sektoren, insbesondere im Bau- und Verkehrssektor, vorangetrieben werden, wie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigt (KoalV 2021, S. 33). Wie Einsparpotenziale in den Sektoren ausgestaltet werden können, zeigt die Analyse Dittrich et al. 2024 im Auftrag von Powershift e. V.
- In der aktuellen Legislaturperiode wird die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie unter Federführung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) erwartet. In Sinne der Rohstoffpartnerschaften wird dort unter anderem die Frage zu beantworten sein, wie mit hochwertigem Schrott, wie beispielsweise Aluminium, umgegangen wird und wie sich die Nationale Kreislaufstrategie in die Europäische Kreislaufstrategie einbettet.

4.8 EINHALTUNG VON MENSCHENRECHTEN UND UMWELTSCHUTZ

Der Rohstoffsektor ist vielfach geprägt von gravierenden Menschen- und Umweltrechtsverletzungen. Gewerkschaften berichten von Repressionen, wie etwa Verletzungen der Koalitionsfreiheit und des Rechts auf Streik. Die Gewährleistung angemessener Löhne, die Sicherstellung fairer Arbeitsbedingungen und Sozialschutz für Beschäftigte sowie die Förderung sicherer und gesunder Arbeitsumgebungen, ist ebenso häufig nicht gewährleistet (Weltbank 2020). Die Entdeckung neuer Rohstoffvorkommen kann zudem tiefgreifende Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung haben, einschließlich Entwurzelung und Vertreibung (Korinek & Ramdoo 2017). Auch gravierende Umweltverletzungen sind an der Tagesordnung.

- Ohne die Einhaltung von Menschen- und Umweltrechten wird die EU weder ihr Ziel der Versorgungssicherheit noch das weitaus größere Ziel der sozial-ökologischen Transformation erreichen, daher müssen Menschenrechte und Umweltschutz durchweg Priorität haben. Unternehmerische Sorgfaltspflicht muss somit gleichermaßen für strategische Projekte und Partnerschaftsabkommen gelten.
- Das deutsche Lieferkettengesetz und die europäische Lieferkettenrichtlinie schreiben unternehmerische Sorgfaltspflichten fest. Deutsche und europäische Unternehmen sind damit verpflichtet, Menschenrechte und Umweltschutz zu achten. Unternehmen im Rohstoffsektor müssen dementsprechend Risiken in ihren Lieferketten identifizieren und Maßnahmen zur Prävention bzw. Abhilfe ergreifen. Sie müssen Beschwerdestellen einrichten und sicherstellen, dass eine ernsthafte Konsultation mit Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren stattfindet. Auch müssen sie Einkaufspraktiken überprüfen und diese nachhaltig im Sinne von Menschen- und Umweltrechten aufstellen.
- Seitens der deutschen bzw. europäischen Seite muss unternehmerische Sorgfaltspflicht im Zuge der europäischen Lieferkettenrichtlinie politisch begleitet und flankiert werden. Dazu zählen etwa Unterstützungsangebote für Unternehmen durch nationale Helpdesks der Branchendialoge. Besonders der Aufbau von staatlichen und unternehmensinternen Beschwerdestellen muss noch stärker in den Fokus genommen werden. Ebenso zählt dazu, die Wirkungsweise von Industriestandards und Zertifizierungen zu überprüfen und nachhaltig zu verbessern. Die deutsche Bundesregierung kann hier auf Erfahrungen durch das deutsche LkSG zurückgreifen.

4.9 RECHTE INDIGENER MENSCHEN SCHÜTZEN

Laut der International Renewable Energy Agency (IRENA 2023) befinden sich 54 % der für die Energiewende benötigten Mineralien in oder nahe den Territorien indigener Gemeinschaften; bei Lithium liegt dieser Anteil sogar bei über 80 %. Daher ist es entscheidend, dass Rohstoffpartnerschaften explizit auf die ILO-Konvention 169 verweisen, die das Recht indigener Völker auf Konsultation festschreibt und rechtlich bindend ist.

- Indigene Gemeinschaften müssen aktiv in alle Phasen der Planung, Durchführung und Nachbereitung von Projekten eingebunden werden, die ihre Lebensräume und Ressourcen betreffen. Dies beinhaltet die Anwendung des Prinzips der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (FPIC), das auch im CRMA genannt ist. Es ist essenziell, dass diese Prozesse nicht nur formal abgehandelt, sondern als echte partizipative Dialoge gestaltet werden.
- Rohstoffpartnerschaften mit indigenen Gemeinschaften sollten als langfristige, nachhaltige Projekte konzipiert werden, die über einzelne Vorhaben hinausgehen. Sie sollten die kontinuierliche Verbesserung der Lebensbedingungen und den Schutz der Rechte indigener Völker zum Ziel haben.

4.10 POLITISCHE GESAMTSTRATEGIE UND KOHÄRENZ

Um den vielfältigen Zielen von Rohstoffpartnerschaften gerecht zu werden, braucht es eine politische Gesamtstrategie auf europäischer und internationaler Ebene. Damit verbunden muss sein, dass Kohärenz zwischen den verschiedenen Ansätzen und Instrumenten hergestellt wird und die dadurch entstehenden Zielkonflikte angegangen werden.

- Um die wirtschaftliche Souveränität Deutschlands und der EU zu bewahren, ist eine gesamtheitliche Rohstoffstrategie unabdingbar, die heimischen Rohstoffabbau, Kreislaufwirtschaft und die Etablierung verlässlicher Rohstoffpartnerschaften umfasst. Das wurde auch bereits auf politischer Ebene erkannt. Nicht genügend berücksichtigt ist dabei allerdings oft noch, dass ein partnerschaftliches Abkommen positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung beziehungsweise Transformation in den Drittländern beitragen muss, um eine sozial-ökologische Transformation nicht zum Selbstzweck des Globalen Nordens auf Kosten des Südens voranzutreiben. Hierbei muss das *Collective Action Problem* bewusst angegangen werden: Mit einem Aufbau der weiterverarbeitenden Industrie in den Drittländern wird sich auch die Wertschöpfung, finanziert durch die Abnehmerländer, dorthin verlagern. Das bedeutet unter Umständen auch die Verlagerung von Wertschöpfungsschritten aus der EU in diese Drittländer (und eben nicht nur aus China heraus) und damit unter Umständen auch den Abbau lukrativer Industriearbeitsplätze in der EU. Diesen Zielkonflikt gilt es, sozialpartnerschaftlich zu diskutieren, anstatt ihn zu ignorieren.

- Zu einer kohärenten Gesamtstrategie gehört auch, dass strategische Projekte und strategische Partnerschaften stärker zusammen aufgestellt werden: Strategische Projekte müssen insbesondere mit den Ländern angekurbelt werden, mit denen eine Partnerschaft angestrebt wird.
- Zwischen den verschiedenen Rechtsinstrumenten muss Kohärenz hergestellt werden. Das betrifft etwa die EU-Lieferkettenrichtlinie und den *Critical Raw Materials Act*. Mit Blick auf die verschiedenen Sorgfaltspflichtenmaßstäbe bestehen Unterschiede, die Rechtsunsicherheit für Unternehmen bedingen und daher auch den zu schützenden Rechtsgütern schaden können. Langfristig muss daher auch ein UN-Abkommen für Menschenrechte und Wirtschaft verabschiedet werden, das im Unterschied zu den bisherigen Rechtsinstrumenten alle Länder umfasst.
- Entscheidend für den Erfolg von Rohstoffpartnerschaften ist eine ressortübergreifende Abstimmung zwischen Wirtschaft, internationaler Zusammenarbeit und Sicherheit. Dies sollte durch eine Novellierung der deutschen Rohstoffstrategie im Kabinett geschehen, die auch die Nationale Sicherheitsstrategie, die China-Strategie und die zukünftige aktualisierte Rohstoffstrategie des BMZ berücksichtigt. Andernfalls könnten durch uneinheitliche Kommunikation oder gar Zielsetzungen gegenüber Drittländern Irritationen entstehen und Anreize verspielt werden. Darüber hinaus werden Partnerschaften nur dann fruchtbar sein, wenn industrie- und klimapolitische mit entwicklungspolitischen Maßnahmen unter Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte miteinander verknüpft sind.

LITERATURVERZEICHNIS

- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)** (2022): Deutschland – Rohstoffsituation 2021., Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi 2019): Rohstoffstrategie der Bundesregierung – Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen, <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/rohstoffstrategie-der-bundesregierung.pdf>, zuletzt abgerufen am 15.5.2024
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)** (2023): Nachhaltige Versorgung mit kritischen Rohstoffen: Wirtschaftsminister aus Deutschland, Frankreich und Italien vereinbaren enge Kooperation, <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/06/20230626-nachhaltige-versorgung-kritische-rohstoffe-deutschland-frankreich-italien-kooperation.html>, zuletzt abgerufen am 15.5.2024
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWT)** (2010): Rohstoffstrategie der Bundesregierung – Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen, <https://www.rohstoffwissen.org/fileadmin/downloads/160720.rohstoffstrategie-der-bundesregierung.pdf>, zuletzt abgerufen am 10.1.2024
- Carry, Inga, Müller, Melanie, Schulze, Meike** (2023): Elemente einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik. Partnerschaften für lokale Wertschöpfung in mineralischen Lieferketten, SWP, Arbeitspapier, https://www.swp-berlin.org/publications/products/arbeitspapiere/AP_01-2023-FG06-Rohstoffau%C3%9Fenpolitik.pdf, zuletzt abgerufen am 26.4.2024
- China-Strategie der Bundesregierung** (2023): <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2608578/810fdade376b1467f20bdb697b2acd58/china-strategie-data.pdf>, zuletzt abgerufen am 24.4.2024
- Dahlmann, Anja und Mildner, Stormy-Annika** (2013). Deutschlands Rohstoffpartnerschaften: Modell mit Zukunftscharakter? Konrad Adenauer Stiftung. Analysen & Argumente Ausgabe 137, November 2013.
- Destatis** (2023). Wirtschaft – Außenhandel. https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/_inhalt.html, zuletzt abgerufen am 11.7.2023.
- Deutscher Bundestag**, Drucksache 20/9096, 20. Wahlperiode, 6.11.2023
- Dittrich, Monika, Limberger, Sonja, Ewers, Birte, Petri, Florian, Doppelmayr, Anja** (2024). Kurzstudie: Nutzung und Reduktionspotentiale von Basismetallen in Deutschland und der EU, ifeu, im Auftrag von Powershift e. V.
- EU Raw Materials Coalition (EURMC)** (2024): Limiting environmental damage, human rights abuses and Indigenous Peoples' rights violations, <https://eurmc.org/publication/limiting-environmental-damage-human-rights-abuses-and-indigenous-peoples-rights-violations-civil-society-guidelines-for-the-implementation-of-the-eu-critical-raw-materials-regulation/>, zuletzt abgerufen am 4.4.2024
- Europäische Kommission**, 13.9.2023, Speech: 2023 State of the Union Address by President von der Leyen, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/ov/speech_23_4426, zuletzt abgerufen am 9.4.2024
- Europäische Kommission**, 16.3.2023, Pressemitteilung: Kritische Rohstoffe: Sichere und nachhaltige Lieferketten für die grüne und die digitale Zukunft der EU gewährleisten, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1661, zuletzt abgerufen am 22.4.2024
- Europäische Kommission**, COM/2020/474, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52020DC0474>, zuletzt abgerufen am 9.4.2024
- Europäische Union**, Verordnung, 2024/1252 des Europäischen Parlamentes und Rates, 11.4.2024, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L_202401252, zuletzt abgerufen 24.4.2024
- European Union External Action Service (EEAS)** (2023): Global Gateway, EU's proposal in the global »battle of offers«, https://www.eeas.europa.eu/eeas/global-gateway-eus-proposal-global-battle-offers_en, zuletzt abgerufen am 24.4.2024
- Felbermayr, Gabriel** (2021): Zukunft der deutschen Exportwirtschaft, Drucksache Deutscher Bundestag 19(9)1066, Institut für Weltwirtschaft, Kiel
- FERN et al.** (2023). A Partnership of Equals? How to strengthen the EU's Critical Raw Materials Strategic Partnerships. In *A Partnership of Equals? How to strengthen the EU's Critical Raw Materials Strategic Partnerships*, <https://www.somo.nl/download/45643/?tmstv=1714652254>, zuletzt abgerufen am 9.4.2024
- Findeisen, Francesco** (2023): The Club Approach. Towards Successful EU Critical Raw Materials Diplomacy, <https://www.delorscentre.eu/en/publications/critical-raw-materials-club>, zuletzt abgerufen am 22.4.2024
- Handelsblatt** (2024): Unabhängigkeit von China: Bund beteiligt sich mit einer Milliarde Euro an Rohstoff-Projekten, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fonds-unabhaengigkeit-von-china-bund-beteiligt-sich-mit-einer-milliarde-euro-an-rohstoff-projekten/29507476.html>, zuletzt abgerufen am 31.1.2024
- Hirsch, Thomas, Ahmed, Sara Jane, Gück, Martin** (2024): Weiterentwicklung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu einer Klima- und Transformationsbank, Stiftung Klimaneutralität, https://www.stiftung-klima.de/app/uploads/2024/04/Stiftung-Klima_2024-Gutachten_KfW.pdf, zuletzt abgerufen am 26.4.2024
- International Renewable Energy Agency (IRENA)** (2023): Geopolitics of the Energy Transition. Critical Materials, <https://www.irena.org/Digital-Report/Geopolitics-of-the-Energy-Transition-Critical-Materials#:~:text=An%20estimated%2054%25%20of%20energy,the%20territories%20of%20indigenous%20peoples>, zuletzt abgerufen am 2.1.2024
- Koalitionsvertrag** (2021): Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, zuletzt abgerufen am 12.4.24
- Korinek, Jane. und Ramdoo, Isabelle** (2017): Local content policies in mineral-exporting countries. OECD Trade Policy Papers 209, OECD Publishing
- Lebdoui, Amir.** (2020): Local Content in Extractive Industries: Evidence and Lessons from Chile's Copper Sector and Malaysia's Petroleum Sector. In: Extractive Industries and Society, 7(2), S. 341–352
- Morris, Mike., Kaplinsky, Raphael. und Kaplan, David.** (2011): One thing leads to another – Commodities, linkages and industrial development, Resource Policy, vol. 37 (4), S. 408–416
- Nayar, Jaya** (2021): Not So »Green« Technology: The Complicated Legacy of Rare Earth Mining. Harvard International Review, 12 August 2021, <https://hir.harvard.edu/not-so-green-technology-the-complicated-legacy-of-rare-earth-mining/>, zuletzt abgerufen am 4.4.2023
- Outlook Special Report.** Revised Version, March 2022. <https://iea.blob.core.windows.net/assets/ffd2a83b8c30-4e9d-980a-52b6d9a86fdc/TheRoleofCriticalMineralsinCleanEnergyTransitions.pdf>, zuletzt abgerufen am 2.8.2023
- Prognos, Öko-Institut, Wuppertal Institut** (2023): Souveränität Deutschlands sichern – Resiliente Lieferketten für die Transformation zur Klimaneutralität 2045. Studie im Auftrag der Stiftung Klimaneutralität – Langfassung, https://www.stiftung-klima.de/app/uploads/2023/11/Stiftung_Klimaneutralitaet_2023-Resiliente-Lieferketten_Langfassung-2.pdf, zuletzt abgerufen am 22.3.2024
- Rüttinger, Lukas; Schüler, Fiona, Scholl, Christine und Bach, Anna** 2016: Die deutschen Rohstoffpartnerschaften – Analyse der Umsetzung und Ausblick. RohPolRes Kurzanalyse Nr. 6.
- US Department of State** (2023), <https://www.state.gov/minerals-security-partnership/>, zuletzt abgerufen am 23.4.2024

Weltbank (2020): 2020 State of the Artisanal and Small-Scale Mining Sector. Washington, D.C.: World Bank

Wolf, André (2023): Ressourcenpartnerschaften für mehr Rohstoffsicherheit, in: Wirtschaftsdienst 103. Jahrgang, Heft 4, S. 264–268.

ÜBER DIE AUTORINNEN

Franziska Korn ist Politikwissenschaftlerin und Referentin für Wirtschaft und Menschenrechte im Referat Globale und Europäische Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Vera Gohla ist Politikwissenschaftlerin und Referentin für Wirtschafts- und Strukturpolitik in der Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Dr. Petra Dünhaupt ist Ökonomin und koordiniert das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Forschungskompetenzzentrum: Herausforderungen und Resilienz globaler Liefer- und Wertschöpfungsketten an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin.

Globale und Europäische Politik

Das Referat Globale und Europäische Politik bietet – in Deutschland, in Brüssel sowie an den UN-Standorten Genf und New York – Beratung für politische Entscheidungsträger* innen, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftliche Organisationen in zentralen Themen der europäischen und internationalen Politik an. Wir identifizieren Transformationsfelder, formulieren konkrete Alternativen und unterstützen unsere Partner darin, Bündnisse für deren Umsetzung zu schmieden. Dabei denken wir nationale sowie europäische und internationale Politik zusammen. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihr weitgehender politischer Veränderungsanspruch auf eine sozial-ökologische Transformation bietet uns dafür einen klaren Orientierungsrahmen.

Verantwortliche Koordinatorin:
Franziska Korn, Franziska.Korn@fes.de

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149 | 53175 Bonn | Deutschland

E-Mail: info@fes.de

Herausgebende Abteilung:
Abteilung für Internationale Zusammenarbeit /
Referat Globale und Europäische Politik
<https://www.fes.de/referat-globaleundeuropaeische-politik>

Verantwortlich:
Konstantin Bärwaldt / Leiter des Referats Globale und Europäische Politik

Kontakt / Bestellungen:
Christiane.Heun@fes.de

Lektorat: Ilse Layer

Design: Petra Strauch

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN 978-3-98628-483-1

© 2024

